

DEUTSCHER BUNDESTAG

15. Wahlperiode

Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union

(20. Ausschuss)

9. September 2004

Protokoll Nr. 39

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Protokoll

der 39. Sitzung

des Ausschusses für die

Angelegenheiten der Europäischen Union

am Mittwoch, dem 28. Januar 2004,

um 14:00 Uhr im Europasaal (PLH 4.900)

Vorsitz: Abg. Matthias Wissmann

Inhaltsverzeichnis:

	<u>Seite</u>
Tagesordnung.....	3
Anwesenheitslisten.....	4
Einzigster Punkt der Tagesordnung: Diskussion mit den Delegationen des Ausschusses für die Europäische Union der französischen Nationalversammlung und des Europa-Ausschusses des polnischen Sejm zum Thema "Perspektiven des Entwurfs der Europäischen Verfassung".....	9

DEUTSCHER BUNDESTAG
15. Wahlperiode
Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union

Berlin, den 15.01.2004
Tel.: 30332 (Sitzungssaal)
Fax: 36332 (Sitzungssaal)

Mitteilung

Achtung!
Abweichende Sitzungszeit!

Die 39. Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union findet statt am:

Mittwoch, dem 28.01.2004, 14:00 bis ca. 16.30 Uhr
Sitzungsort: Europasaal (PLH Saal 4.900)

Die Sitzung ist öffentlich.

**Wegen der geringen Platzkapazität für Besucher
ist eine telefonische Anmeldung
im Ausschussekretariat (Tel. 030/227-32505)
unbedingt erforderlich.**

T a g e s o r d n u n g

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Diskussion mit den Delegationen des Ausschusses für die Europäische Union der
französischen Nationalversammlung und des Europa-Ausschusses des polnischen Sejm

zum Thema "Perspektiven des Entwurfs der Europäischen Verfassung"

Matthias Wissmann, MdB
Vorsitzender

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Diskussion mit den Delegationen des Ausschusses für die Europäische Union der französischen Nationalversammlung und des Europa-Ausschusses des polnischen Sejm zum Thema "Perspektiven des Entwurfs der Europäischen Verfassung"

Der **Vorsitzende** begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Parlamentskollegen aus der französischen Nationalversammlung und dem polnischen Sejm. Er gibt seiner Freude darüber Ausdruck, dass die drei Europaausschüsse in einem vergleichsweise kurzen Abstand zum dritten Mal zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen kommen; dies gelte umso mehr, als es in einem Moment geschehe, in dem das Weimarer Dreieck dringend einer Revitalisierung und eines stärkeren parlamentarischen Unterbaus bedürfe. Zwar seien die Regierungen wichtig, doch habe der Konvent gezeigt, dass gelegentlich parlamentarisch geprägte Konferenzen erfolgreicher als regierungsgeprägte Konferenzen sein könnten. An dieses gute Beispiel des Konvents sollten sie anknüpfen. Er begrüßt besonders herzlich die Vorsitzenden der Europaausschüsse aus Frankreich und Polen, den Kollegen und vertrauten Freund Pierre Lequiller, der auch Mitglied des Konvents war, und den amtierenden Vorsitzenden des Europaausschusses des polnischen Sejm, Jerzy Czepulkowski. Ein besonders herzliches Wort richte er an den treuen Freund und Weggefährten Jozef Oleksy, der im Konvent eine gute Arbeit gemacht habe. Es sei eine besondere Geste, dass er trotz seiner Berufung zum Innenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten, der auch für Europa zuständig sei, den Weg nach Berlin gefunden habe. Sie empfänden das als eine Geste eines positiven Impulses aus Polen für Europa - ganz Europa warte auf solche Impulse. Der Vorsitzende erinnert an die letzte gemeinsame Sitzung im Juni 2003 in Warschau und das letzte Treffen des Europaausschusses des Bundestages und der Delegation der französischen Nationalversammlung am 24. September 2003 in Paris. Zwischen Frankreich und Deutschland sei auch zwischen den Präsidien der beiden Parlamenten eine Arbeitsmethode gefunden worden, die eine natürliche Selbstverständlichkeit geworden sei; gleichwohl wünschten sie sich, dass es eines Tages auch mit Polen so sein werde. Am 1. Mai 2004 könnten weitere Staaten als Mitglieder der Europäischen Union begrüßt werden. Kurz darauf fänden im Juni die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Er wünsche sich, dass bis dorthin die Diskussionen um die Verfassung zu einem Abschluss kämen. Zwar sei der Prozess der Erweiterung erfolgreich verlaufen, doch glaube er, dass die jetzige und künftige Erweiterung(en) nicht gelängen, wenn die Vertiefung der Europäischen Union ein Fehlschlag bleibe. Ohne Verfassung, ohne neue Entscheidungsstrukturen, ohne demokratische Prozesse und klare, effiziente Strukturen werde die Erweiterung nicht gelingen und deswegen hofften alle, dass der Verfassungsprozess zu einem Ergebnis komme. Über alle Parteigrenzen hinweg wünschten sie sich, dass von dieser heutigen Runde ein gemeinsames Zeichen zu einer Revitalisierung des Weimarer Dreiecks ausgehe. Die Parlamentarier suchten im offiziellen und inoffiziellen Gespräch, wie man die

Krise um die Verfassung möglichst substanziell und zügig überwinden könne. Er schlage vor, dass einleitend die Vorsitzenden der Europaausschüsse der französischen Nationalversammlung und des polnischen Sejm in die Diskussion eingreifen und dann Jozef Oleksy sage, wohin die polnische Regierung in der Europapolitik in absehbarer Zeit zu gehen gewillt sei. Danach werde die Diskussion eröffnet.

Pierre Lequiller (F) dankt dem Vorsitzenden und dem Ausschuss für die Initiative und Einladung zu diesem Treffen. Er stellt die französische Delegation vor: Jacques Floch und Pierre Forgues seien von den Sozialisten, Daniel Garrigue und Michel Herbillon seien Abgeordnete der UMP. Gewandt an Jozef Oleksy begrüßt er dessen Ernennung zum polnischen Innenminister und seine Berufung als zuständiger Minister für Europäische Angelegenheiten. Die Parlamentskollegen wüssten, wie freundschaftlich er diesem und dem deutschen Ausschussvorsitzenden verbunden sei. Mit Herrn Oleksy habe er im Konvent zusammen gearbeitet und er sei überzeugt, dass dieser eine wichtige Rolle für die weiteren Ereignisse in Europa spielen werde. An die Adresse von Jerzy Czepulkowski sagt er, dass die französischen Kollegen auch mit ihm sehr eng zusammen arbeiten möchten.

Er wolle mit einer kleinen Anekdote, einem persönlichen Erlebnis anfangen: Noch bevor er Abgeordneter geworden sei, sei er oft in Polen gewesen. Zudem sei er auch zwölf Jahre lang Vorsitzender der Parlamentariergruppe für die Beziehungen zwischen Frankreich und Polen gewesen und habe in dieser Zeit aus nächster Nähe miterlebt, wie Polen die Freiheit und die Demokratie wiedererlangt habe. Es habe ihn am Tag, als die Berliner Mauer fiel, sehr berührt. Als er gerade von einer Gemeinderatssitzung zurückgekommen sei, habe er seine Frau geweckt - was er normalerweise nie tun würde - und ihr gesagt: „Los steh auf, wir müssen nach Berlin fahren“. Sie seien dann nach Berlin gekommen und hätten dort die Freude der Wiedervereinigung in Deutschland miterleben dürfen. Deshalb wolle er mit Überzeugung sagen, dass nach der Entscheidung für die Erweiterung, die in der französischen Nationalversammlung mit ganz großer Mehrheit, nämlich mit 505 Ja- und drei Gegenstimmen getroffen worden sei, das Weimarer Dreieck nicht nur ein Diskussionsforum für bestimmte Themen, sondern vielmehr eine politische Grundlage für das künftige Europa sei; denn bei einer EU der 25 werde dieses Weimarer Dreieck ganz stark intensiviert werden müssen. Es müsse die Grundlage bilden für ein funktionierendes Europa. Über die Verfassungsprobleme hinaus, die am heutigen Tag zu besprechen seien, sei dieses Treffen der drei Ausschüsse ein wichtiger Akt. Es sei die notwendige Voraussetzung für eine intensive Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene, die notwendig sein werde für alle Probleme, die künftig in Europa zu behandeln seien. Ab dem 1. Mai 2004 werde die Europäische Union zehn neue Mitglieder haben und Europa, das bisher oft durch den deutsch-französischen Motor vorangebracht worden sei, werde dann durch das Weimarer Dreieck voranschreiten können. Dieses werde

eine Instanz werden, wo eine ganz wesentliche politische Abstimmung stattfinden werde. Er stimme dem deutschen Ausschussvorsitzenden zu, dass es wünschenswert wäre, wenn die Wähler in Deutschland, Frankreich und Polen vor den Europawahlen eine genaue Vorstellung von der Verfassung hätten. Er wünsche sich, dass vor den Europawahlen eine Einigung erzielt werden könnte. Das wäre korrekter gegenüber den Wählern, die dann wüssten, um welche Zukunft Europas es gehe. Er wisse, wie schwierig der zurückzulegende Weg sei, aber er bleibe dennoch von einer Einigung noch vor Ende des Jahres überzeugt. Es sei ganz wesentlich und entscheidend für die Bevölkerungen, denn das europäische „Abenteuer“ sei etwas, was über die fachlichen Detailfragen hinausgehe, die bei der Regierungskonferenz besprochen würden. Es gehe mehr um einen politischen Willen, ein starkes Europa aufzubauen: denn wenn Europa stark sein werde, werde auch Polen stark werden, würden auch Deutschland, Frankreich und alle anderen europäischen Mitgliedstaaten stark sein. Es gebe heute einen Wandel Europas. Jetzt müsse entschieden werden: Wollen wir einen Binnenmarkt, wollen wir eine Eurozone oder ein politisches Europa, das auf internationaler Bühne existiert? Wenn man ein politisches Europa auf internationaler Bühne wolle, das mitzureden habe, dann sei es nicht das Europa der Außenpolitik, das Europa der Verteidigung. Es habe im Konvent hervorragende Ergebnisse zu diesen Politikfeldern gegeben, die beim Europäischen Rat im Dezember 2003 auch gar nicht in Frage gestellt worden seien. Leider gebe es keine Liste über die Punkte, bei denen Einverständnis erzielt worden sei; man habe nur die Punkte benannt, wo man sich im Dissens befinde. Als französische Delegation würde man gerne eine Liste zu den Punkten im Konsens machen. Dann sähe man, dass es zahlreiche Punkte gebe, bei denen vollkommenes Einverständnis erzielt worden sei. Dies sei ein wichtiger Fortschritt des Dezember-Gipfels, der ein bisschen ins Hintertreffen geraten sei durch das Scheitern einer Verständigung über die Institutionen. Man stehe jetzt an einer Wegkreuzung: Es gehe um das Europa der Verteidigung und um das Europa der Außenpolitik. Er glaube, dass Deutschland, aber auch Polen als wichtigster und größter der Beitrittsstaaten sich an dem Aufbau dieses politischen Europas und der europäischen Außen- und Verteidigungspolitik beteiligen werde. Vielleicht müsse man dazu über eine Pioniergruppe, über eine Avantgarde gehen, weil nicht alle dieses Ziel unterschrieben. Er wünsche sich, dass das Weimarer Dreieck zu dieser Pioniergruppe, dieser Avantgarde, gehöre. Natürlich hoffe man, dass viele andere Länder von Anfang an mitmachten und dann sehr viele folgen werden.

Jerzy Czepulkowski (PL) stellt zunächst die Mitglieder der polnischen Delegation vor. Marek Kotlinowski, Janusz Lewandowski und Jan Sztwiertnia seien stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, der die politische Zusammensetzung spiegelbildlich zu der politischen Zusammensetzung des polnischen Sejms wiedergebe, so dass eine jede politische Gruppierung im Ausschuss repräsentiert sei. Zu seiner Linken sitze der bereits vorgestellte

bisherige Vorsitzende des Ausschusses, der neue stellvertretende Premierminister der polnischen Regierung, Jozef Oleksy. Sein Abschied vom Vorsitz sei ein großer Verlust für den Ausschuss. Sie versuchten darauf zu antworten, dass er in der Regierung als stellvertretender Premierminister den Beitritt zur Europäischen Union überwachen werde, so dass der Kontakt ständig eng sein werde und sie im Ausschuss immer auf seine Hilfe werden zählen können.

Der Integrationsprozess Polens in die Europäische Union sei ein Prozess von nationalem Gewicht und diesem sei eine lebhafte Diskussion zur Seite gestellt. Es gebe oft sehr lebhaftes Meinungsaustausche, um Polen möglichst gut auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union vorzubereiten. Die polnische Delegation nehme mit großer Freude an diesem Treffen teil und danke für die Einladung. Es sei gut, dass die Revitalisierung des Weimarer Dreiecks möglich sei, denn es sollte ein Diskussionsforum sein für alle Angelegenheiten, die die drei Staaten betreffen. Die aktuelle Situation gebe oft das Thema vor. Es sei selbstverständlich, dass drei Monate vor dem historischen Akt der Erweiterung der Europäischen Union dieser das Hauptthema eines solchen Treffens der Parlamentarier des Weimarer Dreiecks oder der Vertreter von Europaausschüssen anderer Staaten sei. In Polen laufe momentan ein intensiver Prozess der Vorbereitungen auf die Mitgliedschaft. Die letzten Rechtsakte würden implementiert, um das polnische Regierungssystem an das europäische und die Standards und Bedingungen der Europäischen Union mit dem Ziel, ein einheitliches Rechtssystem zu gewährleisten, anzupassen, um gemeinsame Politiken führen zu können, wie sie in den Verhandlungen und dem Vertrag zur Erweiterung der Europäischen Union festgelegt worden seien. Neben dem Rechtssystem werde auch die staatliche Verwaltung auf der Regierungs- wie der Selbstverwaltungsebene auf den Beitritt vorbereitet. Es gebe neue staatliche Institutionen, die eine effektive Zusammenarbeit Polens mit den anderen Staaten und Institutionen der Europäischen Union gewährleisten solle. Die Vorbereitung auf eine aktive Teilnahme an dem politischen Leben der Europäischen Union sei von einer lebhaften Debatte in der polnischen Bevölkerung zur Rolle und Position Polens im neuen erweiterten Europa begleitet. Polen sei einer von zehn Beitrittsstaaten, aber auch ein Staat, der im Grunde 50 % des demografischen und territorialen Potenzials sowie des wirtschaftlichen Potenzials der Beitrittsstaaten ausmache. Man halte an der bisherigen Haltung fest, dass es - um die Europäische Union effektiv zu gestalten - ein wichtiger Schritt sei, den Verfassungsvertrag zu erlassen. Er stimme seinem Vorredner zu, der es für sinnvoll erachte, die Dinge, in denen sie übereinstimmten, zusammen zu stellen und darüber hinaus das zu katalogisieren, was noch einiger Diskussionen und weiterer Abstimmungen bedürfe. Es gebe wenige Dinge, die zu dieser Gruppe gehörten. Für Polen sei es eine wesentliche Frage, wie das System der Stimmengewichtung von Nizza weitergeführt werde. Wenn dieses System ab 1. Mai 2004 eingeführt werde und es bis 2009 gelten solle, solle das Nizza-System der Stimmengewichtung an der Praxis gemessen werden, um anschließend bewerten zu können, welche Vor- und Nachteile dieses System habe. Die

polnische Regierung und die polnischen Vertreter bei der Regierungskonferenz hätten eine bestimmte Haltung, die vom Sejm und vom Senat der Republik Polen so beschlossen worden seien, wo die Beschlüsse des Nizza-Vertrages für eine Schlüsselangelegenheit erachtet würden, so dass die Dinge, die noch nicht ausdiskutiert seien, die aber die Grundlage ausmachten für diesen Vertrag, sehr wesentlich seien. Diese Fragen würden sie bei der gemeinsamen Sitzung gerne ansprechen. Entsprechend dem Vorschlag des Kollegen Wissmann solle sich dazu der stellvertretende Vorsitzende des polnischen Ministerrates und bisherige Vorsitzende des Europaausschusses des Sejm äußern. Er sei der kompetenteste Mann für diese Fragen. Er habe diesen Ausschuss sehr lange geleitet und sei ein Mitautor des Vertrages der Verfassung für Europa.

Der **Vorsitzende** gibt die Einschätzung, dass alle sich darüber im klaren seien, dass für das Thema der qualifizierten Mehrheit eine Lösung gefunden werden müsse. In keiner der weiteren großen Fragen zur Regionalpolitik, Strukturpolitik, Kohäsionsfonds, usw. werde eine Chance bestehen, in Europa eine Einigung zu finden, wenn man nicht in dieser Frage zu einer Einigung komme. Es werde darauf ankommen, dass alle sich auf ein Ziel zu bewegten. Die natürlichen Partner Polens in Europa seien Frankreich und Deutschland, die entscheidend mithelfen könnten, auch polnische Interessen bei den großen Fragen der Europäischen Union in den nächsten Jahren zu berücksichtigen.

Innenminister Oleksy (PL) dankt für die Einladung. Er bleibe Abgeordneter des polnischen Sejm, auch wenn er den Europaausschuss nicht mehr leite; das werde ihm fehlen. Gemeinsam mit den Kollegen Wissmann und Lequiller hätten sie einst beschlossen, dass das parlamentarische Diskussionsforum in Europa ebenso wichtig wie das Regierungsforum sei. Der Konvent habe dies bestätigt: Zu 62 % sei der Konvent eine Vertretung der europäischen Parlamente gewesen, sei das eine sehr kluge Idee gewesen. Zum ersten Mal hätten in Europa nicht nur die Regierungen, sondern auch die Vertreter der nationalen Parlamente wie der Europäischen Kommission selbst über die Zukunft diskutiert. Es sei berechtigt, von der Konventsmethode als Bestimmung Europas zu sprechen, die gewiss in der Zukunft noch einige Male in Europa genutzt werde. Er sage dies, weil auch in Polen kritische Stimmen in Hinblick auf den Konvent zu hören seien: Seine Arbeit sei fruchtlos gewesen, der Konvent habe sein Mandat überschritten. Als Teilnehmer des Konvents, gemeinsam mit Pierre Lequiller und anderen Kollegen, sehe er dies keineswegs so. Zum ersten Mal habe es in Europa ein solches Forum, gegründet auf dem Willen der Völker, gegeben, das ein Projekt einer europäischen Verfassung erarbeitet habe. Unabhängig von den Meinungsunterschieden sei er der gleichen Meinung wie seine Kollegen Vorsitzenden, dass es schlecht sei, dass der Entwurf beim Europäischen Rat in Brüssel nicht beschlossen worden sei. Es sei bedauerlich, dass in Brüssel

keine Aufstellung gemacht worden sei über das, was einvernehmlich und das, was in Frage gestellt werde. Man hätte dann sehen können, wie viele Anteile des Verfassungsvertrages nicht in Frage gestellt würden. Es werde lediglich darauf hingewiesen, wo es zwischen den Partnern noch Meinungsunterschiede gebe und wo man keine Übereinstimmung haben finden können. Kurz nach dem Europäischen Rat habe eine Diskussion stattgefunden, wer Schuld daran sei, dass es keine Übereinstimmung gegeben habe; es sei ungerecht, nur Polen und Spanien als die Täter im Sinne eines Mangels an einem positiven Finale darzustellen. Er wolle darüber jetzt nicht mehr diskutieren, sondern Lösungen finden. Man solle das Diskussionsfeld erweitern, solle positiv denken. Polen sei dazu bereit, die Arbeiten am Verfassungsvertrag möglichst schnell wieder aufzunehmen. Der gemeinsame Ehrgeiz sollte darin liegen, das Kalendarium von Thessaloniki weiterzuführen, d.h. vor den Europawahlen 2004 die Verfassung zu verabschieden. Es wäre sinnvoll und wünschenswert, wenn die Bürger vor den Europawahlen wüssten, welche Ideen und welche Grundsätze einer europäischen Verfassung für die Zukunft gelten sollten. Europa brauche diese Verfassung; das sei die Ansicht Polens. Polen wolle ein starker Partner innerhalb der Europäischen Union sein, denn es sei nicht die Schuld Polens gewesen, dass es so lange keine Möglichkeit gehabt habe, an den Wohltaten der Entwicklung der Marktwirtschaft und der Demokratie teilzunehmen. Es sei nicht die Schuld Polens nach dem 2. Weltkrieg gewesen, dass das Land danach dem sowjetischen Lager angehörte. Polen wolle möglichst schnell ein Mitglied der Gemeinschaft werden und ein Partner sein, der zusammen mit dieser Gemeinschaft die Zukunft bilde. Europa müsse politisch sein; das europäische Projekt müsse ein politisches Projekt sein. Polen wolle nicht nur einen gemeinsamen Markt, sondern ein solidarisches Europa, ein Europa der Werte, ohne innere Trennung und ein Europa, in dem nicht die einen die anderen dominierten. Da sie Freunde seien, wollten sie zusammen mit ihren Freunden, den Deutschen und Franzosen, zusammenarbeiten, denn das sei ein Anteil des Wertekanons Europas und dies sei für Polen der Leitfaden in den Arbeiten an und für die Zukunft Europas. Er wolle seinen Kollegen aus der Assemblée Nationale und dem Deutschen Bundestag für die Bereitschaft zu dritt zu diskutieren danken. Die Revitalisierung des Weimarer Dreiecks möge ein Beispiel dafür sein, dass die alten Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft und ein neues großes Land, das in drei Monaten ein Mitglied dieser Gemeinschaft sein werde, ähnlich über das politische Projekt des künftigen Europas denken. Dies wäre ein gutes Beispiel für viele andere, mit denen sie diskutierten und mit denen sie gemeinsame Projekte entwickeln möchten. Sie wollten ein starkes Europa, eine starke Europäische Union und dass ein starkes Polen einem starken Europa als ein Land, dessen Meinung gefragt sei, gehöre. Die Teilnahme Polens an dem Aufbau Europas erfordere es, dass sie einander verstehen und es keine Phase von gegenseitigen Vorwürfen gebe. Die Polen beobachteten mit Beunruhigung, dass es in der jetzigen Europäischen Union ein Wiedererstarken des Individualismus und der Kalkulation

der Nationalinteressen gebe. Es sei zwar verständlich, doch diese Kalkulation der nationalen Interessen dürfe nicht eine Grenze überschreiten, wo eine politische Zusammenarbeit an Farbe verliere und die Gemeinschaft nicht mehr diesen Wert darstellt, wie sie sich wünschten. Alles hänge von den Menschen ab. Wenn sie offen miteinander diskutierten, könnten die Dinge überwunden werden, die das Defizit Europas ausmachten. Es gehe um das Vertrauen, und die Erweiterung um die neuen Länder werde dieses Vertrauen nicht mindern; das Überwinden eines Vertrauensdefizites sei ein Weg zu einem guten Zusammenleben in der Europäischen Gemeinschaft, und so gesehen sei das parlamentarische Weimarer Dreieck etwas, was vielleicht eine größere Rolle spiele als das Regierungsdreieck. Er sage das ganz vorsichtig, denn er wolle die Rolle der Regierungen nicht schmälern. Er wolle aber daran erinnern, wenn sie das Europa der Bürger wollten, ein Europa, in dem das demokratische Defizit überwunden sei und an das die Bürger glauben könnten, sei dieses Europa für sie da. Diese Bürger würden von den Parlamentariern repräsentiert; die Parlamente - die nationalen als auch das Europäische - brauchten noch mehr parlamentarische Diskussionen. Der Konvent sei ein Beispiel dafür gewesen, auf das die Stimme der Bürger aller Mitgliedstaaten bis dorthin halte, wo die Entscheidungen getroffen werden. Er sei ein großer Befürworter dieser Idee und wolle sie alle nochmals herzlich grüßen. Er entschuldige sich, dass er wegen anderer Verpflichtungen in Berlin und in Brüssel nicht bis zum Abschluss der Sitzung bleiben könne. Er wolle allen für die Zusammenarbeit in seiner Eigenschaft als Leiter des Ausschusses danken, für die Atmosphäre, in der alle das Gefühl hatten zu wissen, zu einem gemeinsamen Europa zu schreiten.

Der **Vorsitzende** äußert seine Freude, dass Innenminister Oleksy seinen Überzeugungen, die er im Konvent und auch bei den letzten Sitzungen im Weimarer Dreieck geäußert habe, in seiner heutigen Äußerung treu geblieben sei. Er erinnert an das Kommuniqué vom 16. Juni 2003 nach der gemeinsamen Sitzung der Délégation Européenne, des Europaausschusses des Sejm und des Europaausschusses des Bundestages, in dem der Schlüsselsatz heiße, sie unterstützten die im Konvent gefundene Lösung und der in der Form eines Verfassungstextes gefundene Kompromiss sollte auf der Regierungskonferenz nicht wieder aufgeschnürt werden. Das habe sich damals nicht zuletzt auf die institutionellen Fragen bezogen. Er dankt ihm für diese Arbeit in der Vergangenheit und äußert die begründete Hoffnung, dass er diesen Geist dieser Arbeit auch in Zukunft in neuer Funktion weiterführen werde.

Er erteilt Pierre Lequiller zum Thema „qualifizierte Mehrheit“ das Wort.

Pierre Lequiller (F) kündigt an, er wolle eine einleitende Bemerkung machen, um dann das Wort an Christian Philip abzugeben. Zu der qualifizierten Mehrheit habe Frankreich seine Position zwischen Nizza und dem Konvent geändert. Vor Nizza habe Frankreich gleich viele

Stimmen wie Deutschland gehabt. Der Konvent habe dann vorgeschlagen, dass auch 60 % der Bevölkerung mit berücksichtigt werden müssten und Frankreich habe damit akzeptiert, nicht mehr auf der gleichen Höhe zu stehen wie Deutschland. Man habe dies freiwillig beschlossen. Sie seien davon überzeugt, dass die deutsch-französische Freundschaft wichtiger sei als kleinkrämerisches Rechnen. Frankreich habe dies nicht herausgestrichen; vielleicht habe man das auch nicht deutlich genug gemacht. Frankreich habe einen wichtigen Schritt seit Nizza gemacht und er glaube, dass das Weimarer Dreieck die politische Grundlage für das künftige Europa sein müsse und dass dieses Errechnen der Mehrheit nicht unbedingt das Wesentliche sei. Die qualifizierte Mehrheit von Nizza sei eine Mehrheit, die blockiere, während die vom Konvent vorgeschlagene qualifizierte Mehrheit eine Mehrheit sei, die es Europa erlaube zu funktionieren.

Christian Philip (F) ruft ergänzend in Erinnerung, dass es glücklicherweise viele Punkte gebe, in denen sie einer Meinung seien; es stimme aber auch, dass andere Punkte, insbesondere die Frage der qualifizierten Mehrheit noch ein Problem darstelle. Sie setzten auf das vom Konvent vorgeschlagene System, weil es zwei wesentliche Vorzüge habe. Der erste Vorzug sei, dass dieses System der Europäischen Union Entscheidungsfähigkeit verleihe. Keiner der Mitgliedstaaten könne ein Interesse an einem System haben, das Entscheidungen verhindere. Die Entscheidungsunfähigkeit führe zu Meinungsverschiedenheiten und Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten. Sie wünschten sich deshalb ein System, mit dem man entscheiden könne. Der zweite Vorzug des Konventsvorschlages sei es, dass dieser leicht verständlich und transparent auch im Sinne der Bürger sei. Als Rechtsprofessor, der auch über die europäischen Institutionen unterrichte, sage er ganz ehrlich, dass es nicht einfach sei, wenn man das System von Nizza versuche seinen Studenten zu erklären. Er stelle fest, dass das Zeit brauche, dass man fast Mathematiker sein müsse, um wirklich ganz deutlich zu machen, wie das funktionieren solle. Das System, das der Konvent vorgeschlagen habe, sei leicht verständlich für alle. Das System von Nizza solle ja bis 2009 gelten, doch er glaube nicht, dass die Entscheidung so weit hinausgeschoben werden könne, denn man sehe ja, welches Verfahren notwendig sei, um den Vertrag zu verabschieden. Das sei ein ganz schwerfälliges kompliziertes Verfahren. Man könne nicht alle Zeit auf diese Debatte über eine neue Verfassung verwenden. Sie müssten den Mut haben, eine Entscheidung zu treffen und eine Lösung zu finden. Natürlich würden die Regierungen entscheiden, aber sie als Parlamentarier hätten die Möglichkeit, bestimmte Vorschläge und Ideen zu formulieren. Sie würden ihren polnischen Freunden gerne sagen, dass sie sie verstehen und die Fragen, die sie sich stellten. Sie verstünden deren Position, aber sie erwarteten auch Vorschläge ihrer Seite. Vorschläge, die es einerseits erlaubten auf das zu reagieren, was sie als ihr Interesse verstünden, aber die es andererseits auch ermöglichten, die Einfachheit und die Entscheidungsfähigkeit des

Systems zu wahren, das der Konvent vorgeschlagen habe. Es wäre also sehr interessant, wenn sie mit solchen Vorschlägen arbeiten könnten. Er glaube, dass die Methode des Konvents beibehalten werden sollte. Sie sei eine Methode, die den Interessen der Demokratie und den Interessen der Union gerecht werde.

Abg. Günter Gloser (SPD) begrüßt die lieben Freundinnen und Freunde aus Frankreich und Polen. Er wolle am Anfang seinen Dank an Jozef Oleksy aussprechen für seine langjährige Kooperation auch mit dem Europaausschuss und mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag. In den letzten Jahren sei ein intensiver, freundschaftlicher Dialog entstanden, der weitergeführt werden müsse, denn wenn Freundschaft wirklich die Bedeutung erlangen solle, müsse es auch möglich sein, das eine oder andere Kritische zu sagen; die Offenheit aber sollte in dieser Beziehung bestehen bleiben. Er wünsche Jozef Oleksy für die künftige Arbeit viel Erfolg, insbesondere mit dem deutschen Innenminister, und er hoffe, dass er die parlamentarische Arbeit nicht ganz vergessen werde, die sie geleistet hätten. Der andere Aspekt sei, dass sie sich auf den 1. Mai 2004 freuten. Der Deutsche Bundestag und auch die SPD hätten vehement dafür gearbeitet, auch im Vorfeld manche Widerstände legislativ wie exekutiv zu überwinden, dass dieses Beitrittsdatum stehe. Aber es habe immer festgestanden, dass sie sowohl die Erweiterung als auch die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union wollten. Bei aller Diskussion über Nizza, das zwar ein Schritt, aber noch nicht der richtige Schritt gewesen sei, um diese Handlungsfähigkeit, diese Entscheidungsfähigkeit herbeizuführen. Er knüpfe an den Beitrag von Christian Philip an, der unter anderem ausgeführt habe, es gehe vor allem auch um Gestaltungsfähigkeit und die Gestaltungsmehrheiten. Sie wollten nicht Mehrheiten in Europa organisieren, die etwas verhinderten, sondern nach Vorne schauen. Deshalb sei es wichtig, auch bei diesem Treffen auszuloten, in welchen Bereichen es Möglichkeiten gebe, diese Schritte, die in Brüssel noch nicht realisiert worden seien, zu erlangen. Es sei vieles in Brüssel erreicht worden; nur sei es nirgends notifiziert. Sie sollten in dem jetzigen Prozess - auch wenn es politisch wie juristisch spannend und interessant sei, über das Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, die Pioniergruppen, die Avantgarde, zu diskutieren - vor dem Hintergrund, dass erst einige wenige Wochen seit dem gescheiterten Gipfel in Brüssel zurückliegen, dies zunächst einmal hinten anstellen. Jetzt sei es wichtig, Prioritäten zu setzen, wie man weiter komme. Sie sollten die irische Ratspräsidentschaft sehr massiv unterstützen. Aus Sicht der SPD-Fraktion hätten die Iren ihre Ratspräsidentschaft sehr gut begonnen; ruhig und bedächtig loten sie aus, wo Bewegungsspielräume sind, ohne zu sagen, da müsse sich nur einer bewegen, sondern vielleicht auch mehrere. Vor diesem Hintergrund sollte die irische Ratspräsidentschaft unterstützt werden. Ebenso wichtig wäre es, auch auf der parlamentarischen Ebene noch einmal auszuloten, wie man bei den noch ungelösten Fragen ein Stück weiterkomme, auch um zu erfahren, was die lieben Freunde aus Polen von

den Deutschen oder natürlich auch von den Franzosen und umgekehrt erwarteten. Abschließend wolle er sagen, er finde es gut und sehe sich bestätigt in der Position, dass dieses Weimarer Dreieck wichtig sei. Es gebe zur Zeit in der deutschen Innenpolitik eine wichtige Diskussion über eine Ent-Weimarerisierung. Es sei nach der Wiedervereinigung ein vom damaligen Außenminister Genscher inszenierter Aspekt gewesen, auf der Exekutivebene das Weimarer Dreieck zu revitalisieren. Auf der parlamentarischen Ebene müsse es in der Tat ausgebaut werden. Man sollte eine Institution, die ihren Wert habe, nicht durch andere Diskussionen überfrachten. Natürlich seien die, die an dem Weimarer Dreieck als Regierung oder als Parlament teilnähmen, offen auch für Gespräche mit anderen. Das Weimarer Dreieck sei nicht von vornherein ein exklusiver Club.

Abg. Peter Hintze (CDU/CSU) dankt Christian Philip, dass er als Professor und Politiker noch einmal das Ziel der europäischen Verfassungsgebung angesprochen habe. Ein wichtiges Ziel sei doch, die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken und die Transparenz der Entscheidungsprozesse zu erhöhen. Damit müsse das Ziel verbunden sein, dass die Bürger aller Mitgliedstaaten Europa verstehen und auch nachvollziehen könnten. Der angesprochene Streitpunkt sei dafür ein sehr schönes Beispiel: Die Mehrheitsabstimmungen in der Europäischen Union nach dem Vertrag von Nizza seien kompliziert, intransparent und für den Bürger eine echte Verstehenshürde, während der Vorschlag des Konvents selbsterklärend und selbstregulierend sei. Selbsterklärend, weil jeder Bürger sofort verstehe, wie das mehrheitsmäßige Zusammenkommen organisiert sei und selbstregulierend, weil es einen Ausgleich zwischen kleinen, mittleren und großen Staaten schaffe, in dem Luxemburg mit 400.000 Einwohnern eine Stimme habe und Frankreich, Deutschland und Polen mit ihren Millionen Einwohnern jeweils auch eine Stimme hätten und sich im zweiten Gang die Bevölkerung tatsächlich wiederfinde. Es sei auch selbstregulierend, weil bei einem Beitritt zur Europäischen Union nicht immer wieder in nächtlichen Regierungsrunden qualifizierte Mehrheiten ausgeknobelt werden müssten, die es unübersehbarer und schwieriger machten. Insofern wolle er für den Grundgedanken noch einmal werben und hinzufügen: Die CDU/CSU-Fraktion hätte im Deutschen Bundestag auch wichtige Anliegen an die Verfassung, die sich im Konventsentwurf so nicht wiederfänden; ebenso werde es vielen politischen Kräften in den anderen EU-Mitgliedstaaten gehen. Die Verfassung könne und werde nur gelingen, wenn alle Beteiligten den Charakter des Gesamtkompromisses verstünden, der geschaffen worden sei. Herr Oleksy, Pierre Lequiller und Abg. Peter Altmaier hätten im Konvent mitgearbeitet. Die große Leistung dieses Konvents sei, dass ein Gesamtkompromiss gefunden worden sei, der einen deutlichen Fortschritt im Hinblick auf Handlungsfähigkeit und im Blick auf Transparenz im Verhältnis zu den bisherigen europäischen Verträgen gebracht habe. Das zu verteidigen, fände er wichtig. Ein zweiter Punkt sei, die in diesem Jahr neben der Verfassung

mindestens ebenso schwierige Frage der Finanzausstattung der Europäischen Union nach 2006 zu beraten. Auch hier halte er es für wichtig, wenn die Parlamentarier sich austauschten. Man habe als dritten Punkt die schwierige Frage nach den Grenzen der Europäischen Union zu besprechen: etwa die Entscheidung des Europäischen Rates auf Vorschlag der Kommission, was mit dem Beitrittsbegehren der Türkei werde. Das heiße, es gebe für alle gerade im Jahr 2004, einem wahrhaft europäischen Jahr, eine Menge zu besprechen und man sollte die Chance nutzen. Er halte das Weimarer Dreieck, was Anfang der 1990er Jahre auf deutscher Seite von Helmut Kohl und dann auf polnischer und französischer Seite von den damals Verantwortlichen ins Leben gerufen worden sei, für eine großartige europäische Idee. Es könne Europa politisch, wirtschaftlich und kulturell bereichern, wenn sie als Parlamentarier diese Idee befruchteten und sich zum Träger dieser Idee machten.

Marek Kotlinowski (PL) führt aus, dass die Stimme des Vorsitzenden Czepulkowski und die Stimme von Herrn Oleksy zwar wichtige Stimmen, aber nicht die einzigen Stimmen seien, die es in Polen gebe. Es gebe Kreise, die den Entwurf des Verfassungsvertrages etwas anders betrachteten. Er wolle seine große Genugtuung zu der Verwirklichung der deutsch-französischen Zusammenarbeit zum Ausdruck bringen. Man müsse unter Freunden Argumente austauschen können, auch wenn man unterschiedlicher Ansicht sei. Polen habe zwar in wirtschaftlicher Hinsicht nicht die gleichen Bedingungen angeboten bekommen, solle aber in politischen Belangen gleichberechtigt werden. Deswegen habe sich die polnische Bevölkerung in ihrem Referendum mit großer Mehrheit für den Beitritt zur Europäischen Union entschieden. Seine Fraktion sei der Meinung, dass man diese Bedingungen nicht radikal ändern dürfe. Der Entwurf des Verfassungsvertrages entspreche nicht der Erklärung von Laeken, in der die Rede davon gewesen sei, dass Europa mehr Demokratie und Bürgernähe aufweisen müsse. Der Entwurf werde diesen Herausforderungen nicht gerecht. Europa brauche viel Mut, wenn es um seine Zukunft gehe und er sei der Meinung, dass man einen Teil der guten Lösungen übernehmen könne. Der Entwurf der Verfassung präzisiere die Rolle der Parlamente und das sei eine klare Verteilung. Wenn man bestimmte Lösungen annehme, die nicht umstritten seien, und man sich über andere Probleme unterhalte, könne man den Argumenten der Euroskeptiker gegenüber offen sein.

Jacques Floch (F) betont, dass die Parlamentarier Deutschlands, Polens und Frankreichs ab dem 1. Mai 2004 rund ein Drittel der Bevölkerung der Europäischen Union repräsentierten. Damit trügen sie eine große Verantwortung gegenüber Europa als Ganzem: Ihrer geopolitischen Position nach lägen Polen, Frankreich und Deutschland im Herzen Europas und damit im Zentrum des europäischen Aufbauwerkes. Es stimme froh und voller Hoffnung, dass sich Polen in seinem Referendum dafür ausgesprochen habe, der Europäischen Union beizutreten,

weil damit eine gemeinsame Geschichte weitergeführt werde. Aus dieser Geschichte mit ihren glücklichen Stunden, aber auch dramatischen Entwicklungen ergebe sich die gemeinsame Verpflichtung, sich einander anzunähern und die bestmöglichen Regeln für das Zusammenleben festzulegen. Der Europäische Verfassungskonvent habe große Anstrengungen unternommen, um einen Text zu erarbeiten, der von möglichst vielen Delegierten mitgetragen werden konnte. Entsprechend habe es nur wenige Stimmen gegen die konsensuale Annahme des Textes gegeben. Man dürfe aber nicht vergessen, dass der Konvent kein verfassunggebendes Gremium gewesen sei, sondern eine Versammlung, die einen Vorschlag für die Verhandlungen der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Beitrittsstaaten erarbeiten sollte. An den Beratungen des Konvents hätten auch die Vertreter der Beitrittsstaaten sowie der Kandidaten Rumänien und Bulgarien teilgenommen. Dabei sei es auch für die pro-europäisch eingestellten Politiker wichtig, dass es Skeptiker gebe, denn dies mache die Arbeit an der europäischen Integration umso wichtiger und bedeutender. Die Ernennung des Vorsitzenden des Europaausschusses im polnischen Sejm, Jozef Oleksy, zum Innenminister und Europa-minister sei ein positiver Schritt für das europäische Aufbauwerk. Herr Oleksy habe im Verfassungskonvent intensiv mitgearbeitet und werde in seiner neuen Rolle für eine noch bessere Verständigung zwischen Polen, Frankreich und Deutschland sorgen. Dies bedeute sicher nicht automatisch, dass man sich sofort werde einigen können, wohl aber, dass man sich in Zukunft besser verstehe. Manche hätten Spanien für die Spaltung Europas verantwortlich gemacht, andere Polen. Dies sei in Polen zu Recht schlecht aufgenommen worden. In der Tat habe Spanien eine Position eingenommen, die durch die bevorstehenden Wahlen eher innenpolitisch begründet gewesen sei. Jeder politische Verantwortungsträger kenne diese Situation; die Position Spaniens sei allerdings in manchen Punkten unverständlich gewesen, zumal sich die spanischen Konventsmitglieder intensiv an den Arbeiten des Konvents beteiligt und den Entwurf mitgetragen hätten.

Die Staaten des Weimarer Dreiecks hätten, bedingt durch ihre geographische Position und ihre Geschichte, eine ganz besondere Verantwortung, sich für den Frieden in der Welt und eine bessere soziale und ökonomische Situation in ihren Ländern einzusetzen. Zudem sei die Entwicklung in Spanien, Griechenland, Portugal und Irland der letzten Jahre zu berücksichtigen: Zum Zeitpunkt seines Beitritts habe das Bruttoinlandsprodukt Spaniens weniger als 50 % des EU-Durchschnitts betragen. Dank der Anstrengungen der Europäischen Union und der Spanier selbst liege dieser Wert jetzt bei 90 %. Auch Irland habe wesentliche Fortschritte gemacht: Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sei bereits höher als das in Frankreich. 15 oder 20 Jahre nach ihrem Beitritt hätten diese Länder sich sozial und wirtschaftlich stark weiterentwickelt und ihre Beziehungen zu ihren Nachbarstaaten und den anderen EU-Mitgliedstaaten ausgebaut. Auch die Wirtschaftskraft der polnischen Bevölkerung, die die Hälfte der neuen Unionsbürger ausmache, werde durch den Beitritt gestärkt. Dabei seien starke Insti-

tutionen mit einem ausgewogenen Kräfteverhältnis sehr wichtig. Hinter der Stimmengewichtung in den europäischen Institutionen stehe auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklungsfähigkeit des jeweiligen Mitgliedstaates: Je stärker Polen sich in Europa integriere, umso stärker werde es an Reichtum und Wohlstand für seine Bevölkerung gewinnen. Umgekehrt gelte dasselbe: Je stärker sich Polen integriere, desto stärker wüchsen auch die Möglichkeiten Deutschlands und Frankreichs. Die Integration diene allen Seiten. Daher müsse man eine vernünftige Lösung für die Stimmengewichtung finden, die nicht zu Blockaden, sondern zu Lösungen führe. Die Frage der Stimmengewichtung müsse also positiv betrachtet werden. Die Parlamentarier müssten den Regierungsvertretern in der Regierungskonferenz deutlich machen, dass es noch Spielräume für Verhandlungen gebe. Insgesamt seien die 18 Monate Arbeit des Europäischen Verfassungskonvents nicht unnütz gewesen, auch wenn einige von einer verfassungsgebenden Versammlung geträumt hätten. Eine solche Versammlung hätte aber ein föderales Europa vorgeschlagen und so weit sei Europa heute noch nicht.

Abg. Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verweist auf eine Zeitungsmeldung, derzufolge das heutige Treffen des Weimarer Dreiecks eine Lösung in der Verhandlungsblockade über die Europäische Verfassung finden werde. Auch wenn sie selbst nicht so optimistisch sei, begrüße sie es, dass Parlamentarier im Rahmen des Weimarer Dreiecks zusammenträfen. Nur in dieser Konstellation sei es überhaupt möglich, Kompromissmöglichkeiten auszuloten und Wege zu finden, auf denen die Verfassung noch angenommen werden könne. Das persönliche Gespräch unter Abgeordneten sei wichtig, damit gegenseitiges Vertrauen und eine Grundlage für Gespräche aufgebaut werde, so dass Missverständnisse gar nicht erst entstehen könnten. Die Regierungen sollten sich an diesem Treffen ein Beispiel nehmen, um auf diesem Wege gemeinsam etwas für die Zukunft Europas tun zu können. Die bisherigen Redebeiträge hätte gezeigt, dass alle hier versammelten Parlamentarier die Verfassung für sehr wichtig erachteten, weil sie Europa transparenter, demokratischer und auch handlungsfähiger machen werde. Die Runde habe auch über mögliche Gründe für das vorläufige Scheitern der Regierungskonferenz gesprochen. Ein Punkt sei die Frage der Stimmengewichtung im Rahmen der qualifizierten Mehrheit gewesen. Sie verstehe, dass die polnische Seite an den Regelungen des Nizza-Vertrages festhalten wolle, die Polen sehr stark privilegierten. Es müsse aber im polnischen Interesse liegen, dieses Privileg aufzugeben: Zum einen sei es für Europa sehr wichtig, dass alle Seiten kompromissfähig seien. Der Vorsitzende des französischen Europaausschusses habe darauf hingewiesen, dass auch Frankreich von seiner früheren Position in der Frage der Mehrheitsentscheidungen abgerückt sei. Auch Deutschland habe die Beratungen im Konvent mit anderen Vorstellungen aufgenommen und sei für qualifizierte Mehrheiten in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und eine stärkere Stellung des europäischen Außenministers eingetreten. Grundvoraussetzung für jede euro-

päische Verhandlungslösung sei daher Kompromissbereitschaft. Das heiÙe, dass man sich Optionen für verschiedene Kompromisslösungen offen halten müsse, die man vor den heimischen Wählern und der Öffentlichkeit vertreten könne. Zum anderen müsse es sowohl im Interesse Polens wie auch der anderen Mitgliedstaaten liegen, die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu erhalten. Das setze voraus, dass die Regelungen des Vertrages von Nizza ab 2009 von einer doppelten Mehrheit abgelöst würden. Es müsse zu denken geben, dass dies die einhellige Position aller deutschen Parteien sei, obwohl Deutschland in einer Europäischen Union der 27 Mitgliedstaaten damit die Möglichkeit verliere, gemeinsam mit den anderen Nettozahlern eine Blockademinderheit aufzubauen. Nach den Regelungen des Nizza-Vertrages hingegen habe Deutschland die Möglichkeit, gemeinsam mit den anderen Nettozahlern jeden Beschluss zu verhindern, der zu höheren finanziellen Ausgaben führe. Mit der Einführung der doppelten Mehrheit nach dem vom Verfassungskonvent vorgeschlagenen Modell werde zugleich auch das so genannte Olivenöl-Kartell zerschlagen, das in der Vergangenheit immer wieder für die Beibehaltung der Subventionen für den Olivenanbau gekämpft habe. Sie habe noch nicht davon gehört, dass die Olivenproduktion in der Europäischen Union im besonderen Interesse Polens liege.

In der gegenwärtigen Situation sehe sie drei Möglichkeiten, in der Frage der Mehrheitsentscheidungen zu einem Ergebnis zu kommen: Eine Möglichkeit sei, dass eine Seite ihre Position vollständig aufgebe. Dies sei aber sehr unwahrscheinlich. Die zweite Möglichkeit sei eine Rendezvous-Klausel, derzufolge man 2009 nochmals über dieses Thema verhandeln werde. Hiervon verspreche sie sich allerdings nicht viel, denn eine solche Klausel verringere den Verhandlungsspielraum und die Kompromissmöglichkeiten für die Zeit ab 2009. Im Ergebnis werde damit die Regelung des Nizza-Vertrages zementiert. Dies sei für diejenigen, die eine Änderung des Nizza-Vertrages anstrebten, nicht akzeptabel. Außerdem hingen mit der Frage der doppelten Mehrheit viele andere institutionelle Fragen zusammen, wie die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und der Kommission. Daher bleibe nur die dritte Möglichkeit: Beide Seiten müssten sich möglichst bald aufeinander zubewegen. Dies halte sie auch für möglich, da die irische EU-Ratspräsidentschaft bereits mehrere Vorschläge sondiere. So werde darüber nachgedacht, die Schwellenwerte für die Anzahl der Staaten zur Erreichung der doppelten Mehrheit zu erhöhen oder bei verschiedenen Sachgebieten unterschiedliche Abstimmungsmethoden einzurichten. Dieser letzte Vorschlag führe zwar zu einer geringeren Transparenz, erlaube aber die Einigung auf die Verfassung. Sie plädiere dafür, dass der Europäische Rat möglichst noch vor der Europawahl, spätestens aber im Laufe dieses Jahres zu einer Einigung komme. Sie sei inzwischen auch wieder optimistisch, dass alle Seiten kompromissbereit seien und sich in diesem einen Punkt aufeinander zubewegen könnten. Dies liege im Interesse der Zukunft Europas.

Der **Vorsitzende** dankt Abg. Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) für ihren Hinweis darauf, dass jedes der Länder schon häufiger über seinen Schatten gesprungen sei und seinen eigenen Egoismus zurückgestellt habe. Er erinnert daran, dass mit Deutschland und Frankreich zwei der größten Mitgliedstaaten bereits auf die Benennung eines zweiten Kommissionsmitgliedes verzichtet hätten, ohne irgendwelche Gegenleistungen dafür zu verlangen. Auch dies sei ein Signal für Kompromissbereitschaft.

Janusz Lewandowski (PL) erinnert daran, dass Mittel- und Osteuropa erst seit kurzem souverän seien und sich in einer schwierigen Transformationsphase befinden. Daher habe Polen an den Arbeiten des Konvents nur mit halber Aufmerksamkeit teilgenommen. Polen habe sich nicht an den Vorbereitungen einer Vision für das institutionelle Europa beteiligt; die Vertreter Polens im Konvent seien froh gewesen, dass sie zu Wort gekommen seien; letztendlich hätten sie in improvisierter Weise ihre eigenen Ansichten vorgetragen, ohne den Stand der Debatte in Polen in den Konvent einzubringen. Eigentlich habe diese Debatte in Mittel- und Osteuropa gar nicht richtig stattgefunden; man sei nicht ausreichend vorbereitet gewesen. In dem Augenblick, in dem das Ergebnis des Konvents unter den Regierungen besprochen werden sollte, seien andere Polarisierungsfaktoren wie die Krise im Irak und die Zunahme nationaler Egoismen angesichts der wirtschaftlich schwierigen Situation hinzugekommen. Der Verfassungsentwurf sei aber bis auf einen letzten, kontroversen Punkt so gut wie angenommen. Der Text entspreche aber nicht dem Gesamtziel der mitteleuropäischen Länder, wie die Fragen aus der polnischen Bevölkerung zeigten. Er frage sich, warum Europa, als es noch keine Verfassung gab, für Spanien, Portugal und Griechenland ein gut funktionierender Solidaritätsmechanismus gewesen sei. In Polen höre man die Ansicht, dass die Verfassung mit Haushaltsfragen und mit der Absorptionsfähigkeit zusammenhänge; andere seien der Ansicht, dass Europa im globalen Wettbewerb unternehmerisch stärker werden müsse, wobei dies eher mit der Wirtschaftsstrategie zu tun habe als mit einer Verfassung. Für Polen, das erst vor kurzem seine nationale Souveränität wieder gewonnen habe, sei das Ergebnis einer Debatte über eine politische Vision für Europa keineswegs offensichtlich; die Polen hätten gewisse Vorbehalte dagegen, ihre Souveränitätsrechte an eine übernationale Ebene abzugeben. Für die Polen gehe es um ein bürgerliches Europa, ein Europa der Verbraucher, der Reisefreiheit und der Freizügigkeit für Arbeitnehmer. Das politische Europa sei im östlichen Teil Europas als Ziel noch nicht selbstverständlich. Er selbst sei ein großer Befürworter des Beitritts Polens zur Europäischen Union gewesen. Seine Partei habe große Demonstrationen mit diesem Ziel veranstaltet und sei zur Unterstützung auf die Straße gegangen. Angesichts der gegenwärtigen Umfrageergebnisse könne es sein, dass seine Partei bald in der Regierungsverantwortung stehe; er habe allerdings große Befürchtungen im Hinblick auf die öffentliche Meinung. Die polnische Regierung sei gegenwärtig sehr schwach und er befürchte, dass sie ihre innen-

politisch Schwäche dadurch auszugleichen versuche, dass sie nach außen hin „Muskeln zeigen“ wolle. Die Gespräche über die Reduzierung des Haushalts für Europa gerade in dem Moment, in dem die Europäische Union sich erweitern und Kompetenzen hinzugewinnen wolle, erweckten Misstrauen. Es sei irrational, bei den Gesprächen über die Zukunft Europas einerseits größere Aufgaben für die Europäische Union vorzusehen, und andererseits ihren Haushalt verkleinern zu wollen. Auch seien die Gespräche über ein Europa der zwei Geschwindigkeiten im Augenblick der historisch wichtigen Erweiterung befremdlich. Er sage dies als Vertreter der am meisten pro-europäischen Partei Polens, denn er wisse um die Skepsis der öffentlichen Meinung auf beiden Seiten des ehemaligen Eisernen Vorhangs. Um einen europäischen Kompromiss riskieren zu können, brauche die polnische Regierung einen großen Vertrauensvorschuss, über den sie gegenwärtig aus den verschiedensten Gründen nicht verfüge. Daher werde an die Rendezvous-Klausel gedacht, die aber für Frankreich und Deutschland nicht akzeptabel sei. Trotz dieser skeptischen Äußerungen sei er Befürworter eines solidarischen und wirtschaftlich starken, bürgerlichen Europas.

Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) begrüßt die Gelegenheit zu einem ausführlichen Meinungsaustausch, bei dem bereits mehrere neue Facetten und Positionen zu hören gewesen seien. Dies zeige, wie produktiv das heutige Treffen sei. Dabei müssten die Parlamentarier ihre unterschiedlichsten Positionen auch deutlich machen und nicht so tun, als sei es ganz einfach, in den nächsten zwei Monaten einen Kompromiss zu finden. Die Ausführungen ihres Vorredners zur polnischen Debatte über die Europäische Verfassung hätten deutlich gemacht, dass die Mitglieder des Ausschusses ihrerseits ihre Auffassung vom Vertrag von Nizza vermitteln müssten, der in Polen so hoch bewertet werde. Für den Bundestag sei der Vertrag von Nizza eigentlich ein unbefriedigendes Ergebnis gewesen, dem die Opposition im Deutschen Bundestag nur deswegen zugestimmt habe, weil sie den Prozess der Erweiterung der Europäischen Union nicht habe blockieren wollen. Der Vertrag von Nizza habe nicht viel mehr Demokratie und Bürgernähe gebracht. Vielmehr mache er die Meinungsbildung im Ministerrat, im Europäischen Parlament und in der Kommission sehr kompliziert. Für Abgeordnete sei es sehr schwierig, den Vertrag zu entschlüsseln. Daher sei die Verfassung für das Europa der 25 Mitgliedstaaten, das die FDP-Fraktion wirklich wolle, so wichtig. Sie sei ein entscheidender historischer Schritt für ein erweitertes Europa, das in Frieden leben wolle. Auch für die jungen Leute in Europa sei die Verfassung wichtig. Deutschland könne sich daher nicht auf die Position zurückziehen, dass die Erweiterung auch mit dem Vertrag von Nizza zu bewältigen sei. Dies werde nicht gelingen; daher müssten nach Ablauf der im Vertrag von Nizza festgelegten Übergangsfrist im Jahre 2009 neue Regeln in Kraft treten. Es müsse sich um eine Europäische Verfassung handeln, weil der Vertrag von Nizza so große Mängel enthalte, dass man mit einzelnen Nachbesserungen an ein oder zwei

Punkten nicht auskomme. Man müsse sich bei der Verfassung auf ein Gesamtpaket verständigen. Andernfalls werde es zu einer sehr problematischen Situation kommen, die den Europaskeptikern zu Gute komme und die alle hier Versammelten sicher nicht wollten. Man müsse konkret überlegen, wo es Kompromissmöglichkeiten gebe. In dem mehrheitlich mit Parlamentariern besetzten Verfassungskonvent habe es Kompromisse gegeben; sobald die Regierungen untereinander verhandelten, funktioniere es nicht mehr. Nun müsse man sehen, wie man die Stimme der Parlamentarier deutlicher hörbar machen könne. Das heutige Treffen solle deutlich machen, dass ein Kompromiss auch bei der schwierigen Frage der demokratischen Repräsentanz in Mehrheitsentscheidungen gewollt sei. Der Vertrag von Nizza enthalte eine Regelung, die von einer Bevölkerungsmehrheit von 62 % ausgehe. Der Verfassungsentwurf des Konvents sehe 60 % vor. Es müsse doch möglich sein, sich in diesem Punkt zu verständigen. Sie bitte ihre polnischen Kollegen, über diesen Punkt im Rahmen eines Gesamtkonzeptes über die Schwellenwerte für die Staaten und die Bevölkerungsmehrheit nachzudenken.

Der **Vorsitzende** ergänzt, dass der Vertrag von Nizza bei keiner der politischen Parteien in Deutschland auf große Begeisterung gestoßen sei. Dennoch hätten fast alle Parteien dem Vertrag schließlich vor allem deswegen zugestimmt, weil sie die Osterweiterung, nicht zuletzt um Polen willen, ermöglichen wollten. Aus diesem Grunde komme bei Vielen ein gewisses Gefühl der Bitternis über die Ergebnisse des Gipfels vom Dezember 2003 auf. Jetzt aber müsse man sich der Zukunft zuwenden und lernen, sich gegenseitig besser zu verstehen. Dazu trage die heutige Diskussion bei. Es sei darüber zu sprechen, welche Entwicklungen zu der gegenwärtigen Situation geführt hätten und wie man aus dieser Krise herauskomme.

Daniel Garrigue (F) gibt seinem Verständnis für die Sorgen und Befürchtungen der polnischen Kollegen Ausdruck, macht zugleich aber darauf aufmerksam, dass es bei jeder der drei vergangenen großen Erweiterungen ähnliche Besorgnisse gegeben habe. Jedesmal, wenn weitere Mitgliedstaaten der Gemeinschaft beigetreten seien, habe sich insbesondere das relative Gewicht der sechs Gründungsstaaten verringert. Diese hätten das letztlich aber hingenommen, denn sie seien davon überzeugt gewesen, dass die Staaten Europas ein gemeinsames Schicksal und einen gemeinsamen Ehrgeiz hätten. Dieses Schicksal sei nur zu gestalten, wenn sich die in der Gemeinschaft versammelten Staaten selbst Entscheidungsfähigkeit verliehen. Das System der doppelten Mehrheit betreffend, dürfe man sich nicht allein auf den Schwellenwert für die Bevölkerungsmehrheit konzentrieren, sondern müsse auch bedenken, dass die Staaten im Rahmen des Schwellenwerts der Staatenmehrheit alle gleichberechtigt nebeneinander stünden. Beide Mehrheiten müssten erfüllt sein, um zu Entscheidungen zu kommen. Im Vergleich zum Vertrag von Nizza habe Frankreich in beiden Bereichen Beweglichkeit

gezeigt: Zum einen sei Frankreich einverstanden gewesen, im Rahmen der Bevölkerungsmehrheit gegenüber Deutschland an Gewicht zu verlieren, zum anderen habe es das zweite Element der Staatenmehrheit akzeptiert, die dazu führe, dass das relative Gewicht Frankreichs zurückgehe. Dies werde bei der Diskussion über die doppelte Mehrheit häufig vergessen. Schließlich zeigten die Entscheidungsprozesse der Europäischen Union, dass sich die Mehrheiten je nach dem jeweiligen Problem immer wieder neu bildeten bzw. auseinanderfielen. Betrachte man die Bereiche Fischerei, Landwirtschaft oder Wirtschaft, stelle man fest, dass keineswegs immer die gleichen Staaten derselben Meinung seien. Deshalb dürfe man nicht so argumentieren, als ob Mehrheiten ein für alle Mal feststünden. Wenn es nicht gelinge, für die Frage der qualifizierten Mehrheit eine Lösung zu finden, müsse man dennoch weiter vorankommen. Die europäische Integration dürfe nicht zu einem Stillstand kommen; daher habe der Konvent auch den Weg der verstärkten Zusammenarbeit und der strukturierten Zusammenarbeit vorgesehen, die allen Mitgliedstaaten offen stehe. Wenn Europa gezwungen sei, eher diesen Weg einzuschlagen, so sei Polen sicherlich an vielen Bereichen der strukturierten Zusammenarbeit beteiligt. Der Nachteil an diesem Vorgehen sei aber, dass sich von Fall zu Fall jeweils unterschiedliche Gruppen von 13 oder 14 Staaten bildeten. Dadurch gehe der Zusammenhalt Europas verloren; dies könne nur eine Ersatzlösung sein. Daher müsse bei der Frage der qualifizierten Mehrheit eine Einigung gefunden werden.

Abg. Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD) erinnert an die einleitenden Worte des französischen Ausschussvorsitzenden Lequiller, denen zufolge das Weimarer Dreieck zum Motor der weiteren europäischen Entwicklung werden könne und dass die drei Staaten sich wünschten, starke Mitglieder der Europäischen Union zu sein. Deutschland werde hin und wieder verdächtigt, nach wie vor solche Ambitionen zu haben und andere Staaten überrunden zu wollen. Frankreich sei mit dem Begriff der „grande nation“ verbunden. Es gebe aber auch ein französisches Sprichwort, das besage, „l’union fait la force“ (Einigkeit macht stark). Sie sei überzeugt, dass man gemeinsam sowohl für Europa insgesamt als auch für die einzelnen Mitgliedstaaten mehr erreichen könne. Mit dem Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 werde der Prozess der Annäherung und des Zusammenfindens nicht zu Ende sein. Es gebe noch viele Punkte auf der Tagesordnung wie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik oder das soziale Europa. Auch über diese Fragen müsse man eine Verständigung für die Zukunft herbeiführen. Damit knüpfe sie an die vom Kollegen Janusz Lewandowski (PL) aufgeworfene Frage an, welches Europa gewollt sei. Hier sei noch sehr viel Arbeit im Sinne einer gegenseitigen Verständigung zu leisten. Sie habe in den vergangenen Jahren bei Besuchen in Polen häufiger die Frage gestellt, welche Haltung Polen einnehme, wenn es darum gehe, so kurz nach der wiedergewonnenen Souveränität einzelne Hoheitsrechte an die Europäische Union abzugeben. Die allermeisten polnischen Kolleginnen

und Kollegen hätten geantwortet, dies sei kein Problem. Dahinter habe sich aber ganz offensichtlich ein anderes Verständnis von Europa verborgen, nämlich dass es um einen gemeinsamen Markt und nicht um ein politisches Europa gehe. Man habe es versäumt, die Gespräche über diese Frage voranzutreiben. Deutsche und Franzosen müssten besser verstehen lernen, was die Polen bewege. Umgekehrt bitte sie die polnische Seite zu berücksichtigen, welchen Weg Frankreich und Deutschland in den letzten 50 Jahren gemeinsam in Europa gegangen seien. Deutschland und Frankreich stünden nun vor der Frage, ob dieser gemeinsame Weg in der Zielrichtung fortgesetzt werden könne, für die er von Anfang an ausgelegt war oder ob sie seine Ziele auf einen gemeinsamen Markt reduzieren müssten. Sie spitze dies bewusst zu, um deutlich zu machen, um welche Entscheidungen es gehe. In der Tat sei die Handlungsfähigkeit neben der Transparenz und der stärkeren Demokratisierung eines der wichtigsten Themen für die Europäische Union. Europa, das immer noch mit den Strukturen funktionierte, die für ursprünglich sechs Gründungsmitglieder geschaffen worden seien, sei in seinen Entscheidungsprozessen immer schwerfälliger geworden. Wo sich die Europäer gemeinsam den Herausforderungen der Globalisierung stellen wollten, brauchten sie auch angemessene und effektive Strukturen. Dies müsse gerade auch im Interesse der neuen Mitgliedstaaten liegen. Sie freue sich darüber, dass alle Anwesenden gemeinsam festgestellt hätten, dass das Ergebnis des Europäischen Verfassungskonvents zu 90 % Zustimmung finde. Dennoch sei nicht allein die Frage der doppelten Mehrheit noch offen. Für Frankreich sei die Bezugnahme auf Gott in der Verfassung ein offenes Problem; dies gelte wohl auch für Polen; die Größe der Kommission sei noch nicht abschließend geklärt, ebensowenig die Anzahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Dennoch sei die Frage der doppelten Mehrheit die entscheidende. Im Hinblick auf die kommenden Europawahlen müsse auch die Kommunikation über Europa im jeweils eigenen Land verbessert werden und müssten den Bürgern die Vorteile Europas nahe gebracht werden. Für Deutschland sei beispielsweise das Thema „Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt“ wichtig. Obwohl in den Beitrittsabkommen Übergangsfristen vereinbart worden seien, werde diese Frage von nicht ausreichend informierten Bürgerinnen und Bürgern immer wieder aufgebracht. Hier gelte es, den Menschen die großen Vorteile Europas auseinanderzusetzen. Sie hoffe, dass auch in Polen und Frankreich jeweils die Vorteile der Erweiterung Europas dargestellt würden. Wie die Kollegin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) frage auch sie nach den möglichen Spielräumen für die kommenden Verhandlungen. Es interessiere sie, wo Deutschland und Frankreich der polnischen Position eventuell entgegenkommen könnten und auf welche Angebote Polen möglicherweise positiv reagieren könne. Es sei klar, dass alle Parteien aufeinander zugehen müssten. Es sei unbedingt notwendig, diese Gespräche sowohl im größeren Kreis als auch in kleineren Runden zu führen, denn es müsse noch 2004 eine Lösung gefunden werden. Wenn das nicht gelinge, werde die Europäische Union auf eine schwierige Zukunft zusteuern. Sie erinnere daran, dass die

Beratungen über die wichtige Frage der finanziellen Vorausschau bevorstünden. Sie sehe nicht, wie die Zusammenarbeit zwischen Spanien und Portugal sich in dieser Frage fortsetzen ließe, denn hier gebe es durchaus große Interessensdivergenzen. Vermutlich habe Polen in diesem Punkt eher Deutschland an seiner Seite. Die in dem Verfassungsentwurf vorgeschlagenen Strukturen seien notwendig, um diese wichtigen Aufgaben auch im Zusammenhang mit den Fragen der Gemeinsamen Außenpolitik voranbringen zu können. Deswegen müsse dieses Kapitel nach Möglichkeit noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Abg. Peter Altmaier (CDU/CSU) kommt auf die Frage zurück, wieviel Zeit für einen Kompromiss in der Verfassungsfrage noch zur Verfügung stehe. Er stimme mit dem Vorsitzenden des französischen Europaausschusses Lequiller darin überein, dass man noch vor den Europawahlen zu einem Ergebnis kommen müsse, da andernfalls die Gefahr bestehe, dass die Verhandlungen das Momentum verlören. Außerdem seien das Europäische Parlament und die Europäische Kommission nach dem 13. Juni 2004 nicht mehr voll arbeitsfähig. Schließlich stünden nach den Europawahlen noch eine Vielzahl weiterer Probleme auf der Tagesordnung, so dass die Verfassung, die der Konvent mit viel Mühe und Energie ausgearbeitet habe, ein Projekt unter vielen werde. Ein ähnliches Schicksal hätten in den letzten Jahren bereits viele Verfassungsentwürfe erlebt: Sie seien als gescheiterte Vorhaben der europäischen Integration zu den Akten gelegt worden. Von der heutigen gemeinsamen Sitzung müsse daher eine Botschaft an die Regierungen ausgehen, dass diese noch während der irischen EU-Ratspräsidentschaft zu einem Ergebnis kommen müssten. Das noch offene Problem, über das heute beraten werde, sei zwar kompliziert und politisch sehr sensibel; er glaube aber, dass es keinesfalls einfacher werde, wenn man es bis zur niederländischen, luxemburgischen oder einer anderen EU-Ratspräsidentschaft vertage. Außerdem wisse gegenwärtig niemand, wie das Abstimmungsverfahren nach dem Vertrag von Nizza in der Praxis tatsächlich funktioniere. Für das vom Verfassungskonvent vorgeschlagene Verfahren der doppelten Mehrheit gelte das gleiche. Beide Systeme seien neu. Die Erfahrung aus 40 Jahren europäischer Integration zeige aber, dass es in den letzten Jahrzehnten nie darauf angekommen sei, ob ein bestimmter Mitgliedstaat eine Stimme mehr oder weniger im Ministerrat gehabt habe. Die formale Zuordnung der Stimmen sei für den Erfolg eines Landes bei der Vertretung seiner Interessen nie entscheidend gewesen. Vielmehr sei es darauf angekommen, ob es eine Atmosphäre des Vertrauens und der Zusammenarbeit gegeben habe, und ob ein Staat in der Lage gewesen sei, Bündnispartner zu finden oder nicht. Wichtig sei auch gewesen, Kompromisse vorzuschlagen, die möglichst viele andere Mitgliedstaaten überzeugten. Wenn die Europäische Union jetzt an der Frage der Stimmengewichtung scheitere, so sei eine Atmosphäre des Misstrauens zu befürchten, die zu Hindernissen und Gräben nicht nur bei institutionellen Fragen, sondern auch bei einfachen Fragen der täglichen europäischen Gesetz-

gebung im Ministerrat führen könnten. Die polnischen Kollegen hätten daran erinnert, dass sie das Abstimmungsverfahren aus dem Vertrag von Nizza wie vereinbart in der Praxis ausprobieren wollten. Dies sei richtig; deshalb sei vereinbart, in jedem Falle bis zum Jahr 2009 nach diesem System zu verfahren. Er frage sich aber, was passiere, wenn sich schon nach einem halben oder einem Jahr herausstellen sollte, dass das System von Nizza in der Praxis tatsächlich nicht funktioniere und sich sogar gegen die polnischen Interessen auswirke, weil für aus polnischer Sicht wichtige Fragen keine Mehrheit zustande komme. Dann müsse eine neue Regierungskonferenz einberufen werden, die zwei oder drei Jahre lang über das Problem diskutiere. Deshalb solle die Regierungskonferenz einen Mechanismus vorsehen, der es dem Europäischen Rat erlaube, mit der Zustimmung Spaniens, Polens und aller anderer Mitgliedstaaten ein anderes Abstimmungsverfahren zu praktizieren. Wenn man das System von Nizza ausprobieren müsse, weil Polen und Spanien dieses System für besser hielten, so sei es logisch, anschließend auch das System auszuprobieren, das von 23 Staaten in Europa für besser gehalten werde. Nach einer Phase des Experimentierens mit dem System von Nizza müsse es auch eine Phase geben, in der das neue System der doppelten Mehrheit ausprobiert werde. Falls sich entgegen der Erwartung vieler Mitgliedstaaten herausstellen sollte, dass dieses System nicht funktioniere, müsse es möglich sein, ohne neue Vertragsänderungen zu einem anderen System zurückzukommen. Dies müsse in einer Weise vereinbart werden, dass kein Land blockieren könne und dass bereits bei der Verabschiedung des Vertrages die Abfolge der Ereignisse klar sei. Im Ergebnis müsse in absehbarer Zeit ein eindeutiges System für die Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene erreicht werden. Er habe Zweifel daran, dass es den Regierungen im Rahmen von Regierungskonferenzen gelinge, zu vernünftigen Lösungen zu kommen, weil dabei immer die wichtigsten Entscheidungen auf den allerletzten Moment vertagt würden. In dem Augenblick, in dem sich das Scheitern der Konferenz vom Dezember 2003 in Brüssel abgezeichnet habe, sei es für die nationalen Parlamente zu spät gewesen, um noch in irgendeiner Form zu intervenieren oder Änderungen vorzunehmen. Die Mitglieder des Ausschusses seien überrascht gewesen, wie schnell die Regierungskonferenz den Versuch aufgegeben habe, einen wirklichen Kompromiss zu finden. Daher müsse man in den nächsten Wochen darüber nachdenken, wie der Prozess organisiert werde, so dass über Kompromissvorschläge rechtzeitig in vertraulichen Konsultationen oder zu gegebener Zeit auch in öffentlichen Debatten beraten werden könne.

Jan Sztwiertnia (PL) sagt, die an der Regierungskoalition beteiligte polnische Arbeitsunion sei für den Beitritt zur Europäischen Union eingetreten und erwarte, dass diese eine tatsächliche Teilnahme Polens an der Entwicklung Europas erlaube. Er danke Deutschland und Frankreich dafür, dass sie sich für den Beitritt Polens eingesetzt hätten. Auf dem Weg zum Beitritt habe es konkrete und bodenständige Dinge gegeben, die die grenzüberschreitende

Zusammenarbeit und den Blick auf den jeweiligen Nachbarn und die Gesellschaften der Länder beeinflusst hätten. Die Verhandlungen über den Verfassungsvertrag und die geplanten Änderungen am Abstimmungsverfahren und der Stimmengewichtung habe in Polen aber zu einem Verlust des Vertrauens auf Deutschland und Frankreich geführt. Man habe den Eindruck, dass Polen in Deutschland und Frankreich nicht mehr verstanden werde. Die Beitrittsbedingungen seien für Polen nicht in allen Punkten günstig. Daher habe Polen in der Zeit vor dem polnischen Beitrittsreferendum sein politisches Gewicht im Rahmen der Vereinbarungen des Nizza-Vertrages betont, obwohl es nicht Mit-Autor dieses Vertrages gewesen sei. Als von einer Veränderung der bereits ausgehandelten Bedingungen die Rede war, sei schnell von einem Europa der zwei Geschwindigkeiten und der vertieften Zusammenarbeit gesprochen worden. Die Niederlande sprächen von Schutzklauseln im Zusammenhang mit den Haushaltsverhandlungen und über Umschichtungen bei den Mitteln für Innovation und Fortschritt. Noch stehe Polen vor der Tür der Europäischen Union und frage sich, was dabei herauskommen werde, wenn das System von Nizza nach der Erweiterung nicht funktioniere. Nach dem Verfassungsentwurf solle das System von Nizza bis 2009 beibehalten werden. Er frage sich, ob es nicht besser sei, dieses System erst einmal zu prüfen und erst dann zu verändern, wenn die neuen Mitgliedstaaten an den Verhandlungen teilnehmen könnten. Wenn Polen selbst beteiligt sei, könne es seine Entscheidungen der Bevölkerung erklären. Diese habe im Augenblick den Eindruck, als würden die Beitrittsbedingungen noch vor dem Beitritt verändert werden. Daher brauche man Verhandlungen und neue Lösungen. Es bestehe kein Zweifel daran, dass die Verfassung viele gute Lösungen enthalte und verabschiedet werden müsse; in Bezug auf die Stimmengewichtung müsse man jedoch einen Kompromiss finden. Vielleicht müsse man den Zeitpunkt verschieben und zunächst den Vertrag von Nizza prüfen. Dies sei unabdingbar, denn andere Lösungen führten zu einer Entwertung des polnischen Referendums. Der Sejm und der Senat hätten die polnische Regierung dazu verpflichtet, das System von Nizza beizubehalten und sich selbst damit in eine schwierige Lage versetzt: Für die Regierung sei es nicht leicht nachzugeben, zumal sie laut angekündigt habe, dass Polen zu den wichtigsten Staaten der Europäischen Union gehören werde. In dieser schwierigen Lage könnten die Parlamente und das Weimarer Dreieck eine wichtige Rolle spielen. Mit einer engen Zusammenarbeit könne man zu Lösungen kommen. Polen habe im Sowjet-System schlechte Erfahrungen mit Geboten, Verboten und äußerer Einflussnahme gesammelt und wolle nach dem Beitritt zur Europäischen Union nichts mehr dergleichen erleben. Früher habe man viel über die hervorragende Freundschaft zwischen den Regierungen Polens und der DDR und der Tschechoslowakei gesprochen, aber es habe weder wirtschaftlich noch politisch eine konkrete Zusammenarbeit gegeben. Er sei davon überzeugt, dass die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen innerhalb der Europäischen Union in Zukunft

sehr gut werde. Dies sei nicht nur für die betroffenen Staaten, sondern auch für Europa insgesamt positiv.

Der **Vorsitzende** bemerkt, dass die Parlamentarier aus Deutschland und Frankreich trotz unterschiedlicher parteipolitischer Herkunft und sicher unterschiedlicher Meinungen in vielen Bereichen bei den angesprochenen zentralen Fragen identische Positionen verträten. Dies gelte vor allem für das Thema der doppelten Mehrheit, obwohl gerade dieses Verfahren beiden Seiten eine hohe Kompromissfähigkeit abverlangt habe. Er hoffe, dass im Laufe der nächsten Jahre etwas von diesem Geist und diesem Vertrauen überspringe. Wahrscheinlich gebe es nicht nur ein Problem in der Sache, sondern auch ein Vertrauensproblem. Daran müsse gearbeitet werden. In der Politik beruhen 50 % des Erfolges auf Psychologie und Vertrauen. Wenn die Abgeordneten sich an die Bevölkerung wendeten, die sich mit den Einzelheiten nicht beschäftigen könne, sei Vertrauen wichtiger als alles andere.

Michel Herbillon (F) verdeutlicht das Thema Vertrauen am Beispiel der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Diese sei Ausdruck der gemeinsamen Werte und eines gemeinsamen Ehrgeizes in einem ganz wesentlichen Bereich, denn es gehe um die Sicherheit und Verteidigung der Staaten Europas. Außerdem verdeutliche dieses Beispiel, wie notwendig die Entscheidungsfähigkeit Europas sei. Schließlich sei die Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein Bereich, in dem vor allem das politische Europa Fortschritte mache. Durch die Schaffung integrierter Strukturen, durch den Einsatz der Europäischen Union in Mazedonien und im Kongo sowie demnächst in Bosnien habe das Europa der Verteidigung in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Die Regierungskonferenz habe darüber hinaus durch die Einführung der verstärkten Zusammenarbeit, die in der Verteidigungspolitik strukturierte Zusammenarbeit heiße und verpflichtende Kriterien für die teilnehmenden Staaten vorsehe, weitere wichtige Schritte vorbereitet, die im Vertrag von Nizza noch nicht vorgesehen gewesen seien. Mit der Einführung der Beistandsklausel und bei der Konkretisierung der Zusammenarbeit mit der NATO sowie durch die geplante Einrichtung einer europäischen Rüstungsagentur und eines Planungsstabes seien weitere wichtige Schritte unternommen worden. Die Schaffung eines Europas der Verteidigung stehe im Dienste einer gemeinsamen Wahrnehmung der Sicherheit und des internationalen Gleichgewichts. Die von dem Hohen Repräsentanten Solana vorbereitete gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungsstrategie, die vom Europäischen Rat im Dezember 2003 verabschiedet worden sei, gehe in die richtige Richtung. Europa müsse seiner Stimme auf der internationalen Bühne Gehör verschaffen, um die gemeinsamen Werte voranzutreiben. Es gehe also nicht nur um fachliche oder technische Themen der europäischen Integration. Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik stehe auch nicht im Widerspruch zu engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, wie

manche polnische Kollegen befürchteten. Europa müsse in diesem Bereich nicht nur durch die deutsch-französische, sondern auch durch die Zusammenarbeit mit Polen weiter vorankommen, da dieses große Land im Bereich der verstärkten Zusammenarbeit bei der Verteidigung eine große Rolle spielen werde. Er sei überzeugt davon, dass der bevorstehende 1. Mai 2004 ein wichtiges Datum für die Geschichte Europas und für die Geschichte der Völker Europas sein werde, da an diesem Tag zehn neue Staaten beiträten, darunter das große Land und das große Volk Polens. Die europäische Integration sei ein ehrgeiziges Vorhaben und könne in einer festgefahrenen Situation nicht vorangebracht werden. Europa müsse sich auf Solidarität und Kompromisse im positiven Sinne des Wortes stützen. Alle Abgeordneten wüssten, was für die Völker Europas auf dem Spiel stehe und hätten gegenüber ihren Bürgern eine gemeinsame Verantwortung, die über die jeweiligen nationalen Interessen hinausgehe. Daher müsse noch vor den Europawahlen eine Einigung erzielt und ein positives Signal an die Bevölkerung gesendet werden. Anderenfalls würden anti-europäische Stimmungen oder mindestens Fragen in Bezug auf die Zukunft Europas aufkommen.

Abg. Jürgen Türk (FDP) erinnert daran, dass das Weimarer Dreieck nicht revitalisiert werden müsse. Vielmehr habe man bereits in Warschau über den Entwurf des Europäischen Verfassungskonvents beraten und sei sich darüber einig geworden, dass dieser Grundlage der Regierungskonferenz werden müsse. Man habe darüber auch eine gemeinsame Erklärung verfasst, an die er erinnere. Heute sei man sich einig darüber, dass noch vor der Europawahl eine Einigung über die Verfassung erzielt werden müsse. Es gebe also viele übereinstimmende Punkte. Die Liste der Meinungsverschiedenheiten sei kürzer, denn hier gebe es nur die Frage der Stimmengewichtung im Rat. Daher frage er die polnischen Kollegen, ob ein Kompromiss nicht dadurch gefunden werden könne, dass an dem vom Konvent vorgeschlagenen Schwellenwert von 60 % der Bevölkerung etwas geändert werde. Er hoffe auf einen Vorschlag von der polnischen Seite.

Pierre Forgues (F) glaubt, dass angesichts der bisherigen Stellungnahmen weitere Treffen notwendig seien. Alle Beteiligten hätten sich für die Erweiterung der Union ausgesprochen. Jetzt sei der politische Wille nötig, dafür zu sorgen, dass die erweiterte Union nicht steckenbleibe. Daher dürfe nicht an festgefahrenen Positionen festgehalten werden. Gegenwärtig gebe die Politik gegenüber den Wählern in den Mitgliedstaaten ein trauriges Bild ab. Das Ziel müsse sein, dass Entscheidungen in Europa so demokratisch und effizient wie möglich getroffen werden könnten und nicht zwei oder drei Länder eine Entscheidung blockieren könnten. Der Verfassungskonvent habe in seinem praktisch einstimmig angenommenen Entwurf die doppelte Mehrheit vorgeschlagen. Wenn jemand eine bessere Lösung habe, so möge er diese vorlegen, dann könne darüber beraten werden. Parlamentarier, denen die Rede-

freiheit zustehe, müssten ihrer Verantwortung gerecht werden und Lösungswege aufzeigen. Der Konsens über das europäische Einigungswerk gehe über die Parteigrenzen hinaus. Er selbst sei mit allen vorgetragenen Absichtserklärungen, vor allem der polnischen Delegation, einverstanden. Der Vorsitzende habe von einem Europa der Solidarität, der Werte und der Kultur gesprochen, in dem kein Land das andere dominiere. Dies sei das gemeinsame Ziel aller, dafür müsse aber auch etwas getan werden. Die französischen Wähler fragten sich, warum eine Verfassung für Europa notwendig sei. Die Antwort liege in der Notwendigkeit Europa zu vertiefen. Die wirtschaftliche Integration Europas sei ein Erfolg; jetzt sei ein solidarisches Europa der Werte und der Kulturen notwendig und dazu werde der Wille voranzukommen gebraucht. Es reiche nicht aus, wenn bei diesem Treffen alle heiklen Fragen nur angesprochen und Übereinstimmungen festgestellt würden; vielmehr müssten Lösungsvorschläge skizziert werden.

Abg. Dietmar Nietan (SPD) glaubt, die heutige Diskussion unter Parlamentariern, aber auch die Arbeiten des Konvents hätten gezeigt, dass die Zukunft der Europäischen Union nicht allein den Regierungen der Mitgliedstaaten überlassen werden dürfe, sondern auch Sache der Parlamentarier sei. Es stimme ihn optimistisch, dass man offen miteinander gesprochen habe. Bei einem Gespräch mit dem Abgeordneten Marek Kotlinowski (PL) habe er festgestellt, dass es auch zwischen der Liga der polnischen Familien und der deutschen Sozialdemokratie übereinstimmende Ziele gebe: Wie von einem französischen Kollegen bereits bemerkt, kämpften alle Parlamentarier für gemeinsame Werte und eine transparente und effiziente Europäische Union. Die Vielfalt in Europa werde als etwas Besonderes gesehen und es bestehe Einigkeit über die Bedeutung der gegenseitigen Solidarität. Daher hoffe er, dass die Parlamentarier den Regierungen in Europa in Zukunft deutlich machen könnten, dass es in den Ministerräten nicht um Verhinderungsmehrheiten gehe, sondern um Gestaltungsmehrheiten für die Zukunft Europas. Sein größter Wunsch sei, dass die Staats- und Regierungschefs des Weimarer Dreiecks, Präsident Chirac, Bundeskanzler Schröder und Ministerpräsident Miller, am 1. Mai 2004 bei den Feierlichkeiten zur Erweiterung der Europäischen Union eine Lösung für die noch offenen Fragen der Regierungskonferenz präsentieren könnten. Seine Vision sei, dass die Politiker den Menschen in ihren Ländern sagen könnten, dass sie dieser Lösung zustimmen würden, weil sie gut für Europa und für das eigene Land sei. Er sei Realist und sehe, dass bis dahin noch ein harter Weg zu gehen sei. Der heutige Tag habe gezeigt, dass Parlamentarier sich noch mehr in den Prozess einbringen müssten. Er danke den französischen und polnischen Kollegen für die offene und sehr ehrliche Diskussion.

Abg. Axel Schäfer (SPD) geht auf zwei Meinungsverschiedenheiten ein. Er gehöre seit fast zehn Jahren der Parlamentariergruppe für die deutsch-polnischen Beziehungen an und habe in der vergangenen Woche in verschiedenen Städten des Landes viele Diskussionen geführt. Er habe viele der polnischen Positionen und Befürchtungen verstanden, glaube aber sagen zu können, dass diese Sorgen nicht real begründet seien. Auch in Deutschland sei die Europapolitik mit der Innenpolitik verknüpft, was bei der Verabschiedung des Maastrichter Vertrages und der Einführung des Euro zu schwierigen Konstellationen geführt habe. Dennoch habe die jeweilige Opposition, seien es Sozialdemokraten oder Christdemokraten gewesen, niemals europapolitische Konflikte für den innenpolitischen Wahlkampf ausgenutzt. Dies habe die Akzeptanz auch bei so schwierigen Fragen wie dem Abschied von der DM in Deutschland erheblich erleichtert. Es sei wichtig, bei schwierigen Fragen die positiven Punkte herauszustellen und miteinander zu verdeutlichen, welche wichtigen Fortschritte die Verfassung für alle EU-Staaten bringe. Dabei müsse ehrlich gesagt werden, dass der Grundsatz der doppelten Mehrheit für die künftigen Entscheidungen auf der europäischen Ebene nicht mehr verhandelbar sei. Man könne über Nuancierungen oder über die Schwellenwerte verhandeln, es werde in Europa aber kein Zurück zum „Schachern“ über die Stimmengewichtung eines einzelnen Landes geben. Das Prinzip sei, dass jedes Land gleich sei und eine Stimme habe, die Legitimation europäischer Entscheidungen aber mit Rücksicht auf die unterschiedliche Bevölkerungsstärke der Staaten ausbalanciert werden müsse. Die doppelte Mehrheit sei nicht eine besondere deutsche oder französische Erfindung; vielmehr würden Ideen nachvollzogen, die schon vor Jahrzehnten im Europäischen Parlament diskutiert worden seien, unter anderem von dem italienischen Sozialisten Benelli und dem belgischen Christdemokraten Fernand Eckmont. Auch das Weimarer Dreieck und die besondere Verantwortung dieser Staaten habe historische Vorläufer: Vor fast genau 59 Jahren hätten amerikanische Truppen das Konzentrationslager Weimar-Buchenwald befreit. Damals hätten weit-sichtige politische Gefangene aus 13 europäischen Ländern (u.a. Polen, Frankreich, Deutschland, Tschechien, Ungarn, Dänemark) ein Manifest verfasst, in dem die Vereinigten Staaten von Europa gefordert worden seien. Nach diesem Manifest brauche Deutschland vor allem die Verständigung und Freundschaft mit Frankreich auf der einen und Polen auf der anderen Seite. Daher sei es so wichtig, dass man auf der Grundlage dieses Verständnisses zu einer Einigung über die Verfassung für Europa komme.

Jerzy Czepulkowski (PL) nimmt die Entscheidungsverfahren der Europäischen Union in Schutz. Die Entscheidung zur Erweiterung Europas sei ebenso treffend und richtig gewesen wie der Beitritt Polens zu diesem exklusiven Klub der Starken des europäischen Kontinents. Er unterstreiche die von vielen Vorrednern ausgesprochene Ansicht, dass Europa unbedingt eine Verfassung brauche. Die Leitung einer Organisation aus 25 Staaten sei sicherlich

schwieriger als einer aus 15 Staaten bestehenden Organisation; daher seien neue Regeln, neue Grundsätze und neue Werte erforderlich. Niemand stelle in Frage, dass eine Verfassung am besten noch während der EU-Ratspräsidentschaft Irlands oder spätestens bis Ende 2004 kommen müsse. Paradox sei, dass Deutschland und Frankreich mit den Festlegungen des Vertrages von Nizza nicht zufrieden seien, Polen, das an den Verhandlungen nicht beteiligt gewesen sei, aber die Funktionsweise des Vertrages prüfen wolle. Auch Polen strebe einen Kompromiss an. Er freue sich, dass die Mitglieder der polnischen Delegation gefragt worden seien, wie ein solcher Kompromiss aussehen könne. Dies deute er als Bereitschaft zu einem Kompromiss, bei dem beide Seiten nachgeben müssten. Darin liege ein wichtiges Signal an die jeweiligen Regierungen. In der heutigen Sitzung werde man kein endgültiges Konzept erarbeiten können, sondern nehme an den Gesprächen teil, um seine Haltung darlegen zu können. Grundlage dieser Positionen seien die öffentliche Meinung, die Haltung der Parlamente und die Positionen der Regierung, die jeweils eng miteinander verwoben seien. Das Misstrauen, von dem die Rede gewesen sei, liege in der Abfolge der Ereignisse begründet: Zunächst habe die Europäische Union Bedingungen für die Mitgliedschaft gestellt und im Vertrag von Nizza die Stimmengewichtungen für die Mitgliedstaaten festgelegt, dann habe Polen sich in einem Referendum für den Beitritt ausgesprochen und nun solle es einer veränderten Europäischen Union beitreten. Die Europagegner in Polen verwiesen gegenüber der öffentlichen Meinung immer wieder darauf, dass das Referendum sich auf eine andere Europäische Union bezogen habe. Er wisse nicht, wann die Gespräche über die Veränderung des Systems von Nizza aufgenommen werden sollten, ob in einem Jahr oder erst 2009. Diese Frage hätten die Verhandlungsführer und die Regierungen zu entscheiden und sie verbinde sich damit, ob diese Konzeption überhaupt etwas bringe. Das wichtigste sei, dass die beiden Seiten miteinander sprächen und einen Kompromiss anstrebten, um den Verfassungsentwurf zu verabschieden. Auch für Polen sei die irische EU-Ratspräsidentschaft eine wichtige Phase, in der die Arbeit am Verfassungsvertrag abgeschlossen werden müsse. Er sei überzeugt, dass Irland einen echten Kompromiss anstrebe und nicht wie in der Regierungskonferenz von Brüssel inakzeptable Lösungen vorschlage. Daher sei er davon überzeugt, dass die Verfassung nach der Vorbereitung der nächsten Verhandlungen angenommen werden könne. Er freue sich über die Gelegenheit, in einem direkten Gespräch mit den Partnern aus Frankreich und Deutschland Argumente austauschen zu können. Die polnische Delegation werde diese Haltungen an das Parlament zuhause weiterleiten und darauf hinweisen, dass ein Kompromiss notwendig und möglich sei. Polen strebe keine Verzögerungen der Verhandlungen an, sondern gehe in Richtung eines gemeinsamen Ziels. Er bedanke sich im Namen des stellvertretenden Premierministers Oleksy und in eigenem Namen für die Gespräche und lade die Vertreter der Europaausschüsse Frankreichs und Deutschlands zu den Feierlichkeiten aus Anlass des Beitritts am 1. Mai 2004 nach Polen ein.

Der **Vorsitzende** bemerkt, die Freude über diese Einladung werde durch den erfolgreichen Abschluss der Arbeiten an der Verfassung sicher noch erheblich gesteigert.

Pierre Lequiller (F) bedankt sich ebenfalls für diese Initiative. Er erinnert daran, dass er selbst mit vielen anderen Abgeordneten 18 Monate lang intensiv an dem Verfassungsentwurf gearbeitet habe. Es sei wenig erfreulich, wenn Europa nach dieser Arbeit noch immer festgefahren sei. Anstelle der Diskussionen über technische Details von Mehrheitsverhältnissen wünsche er sich einen frischen europäischen Schwung, wie ihn die Gründerväter Europas nach dem Krieg besessen hätten. Über politische Differenzen und Landesgrenzen hinaus hätten die Abgeordneten aus Deutschland und Frankreich alle die Frage aufgeworfen: Welches Europa wollen wir? Die eigentliche Frage sei, ob ein Europa gewollt sei, das auf dem status quo stehen bleibe oder eines, das auch auf der internationalen Bühne seinen Platz habe. Im Geist der Gründerväter Europas sei eine Revitalisierung des europäischen Gedankens erforderlich. Er wünsche sich ein ehrgeiziges Europa, das voranschreiten wolle, ein Europa, das auf die Zukunft gerichtet sei. Er schlage weitere Treffen, möglicherweise in kleinerem Kreise vor, um weiter über inhaltliche Fragen der Verfassung zu beraten. Die Parlamentarier hätten die Aufgabe, ihre Regierungen aufzurütteln und sie an ihre Pflicht zu erinnern Lösungen zu finden. Er bedanke sich beim Vorsitzenden des Ausschusses für die Europäische Union für die Initiative zu diesem Treffen. Die Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck sei schon bei der Frage der Verfassung sehr nützlich und werde in Zukunft noch nützlicher sein. Europa werde sich auf der Grundlage des Weimarer Dreiecks aufbauen. Zunächst müsse sich die Regierungskonferenz aber auf die Verfassung einigen, so dass der Weg für eine künftige Zusammenarbeit frei werde. Der wichtigste Begriff, der in diesem Zusammenhang gefallen sei, sei der des Vertrauens; nur auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens könne Europa aufgebaut werden.

Der **Vorsitzende** bedankt sich für diese Beiträge und zitiert eine englische Redensart: „Wenn du in einem Loch sitzt, solltest du aufhören zu graben“. Die heutige Sitzung habe dies beherzigt und begonnen, das Loch wieder ein wenig aufzufüllen, jedenfalls ein Stück gegenseitiges Vertrauen wieder herzustellen. Übereinstimmend hätten sich alle Seiten dafür ausgesprochen, dass die Verfassung für Europa möglichst vor der Europawahl, spätestens aber noch im Jahr 2004 verabschiedet werden müsse. Die polnische Delegation habe sicher gespürt, dass die französische und deutsche Seite ein tiefes Interesse an einer Revitalisierung des Weimarer Dreiecks habe, die zu einer freundschaftlichen Zusammenarbeit führen müsse. Bei den bevorstehenden wichtigen Entscheidungen brauchten alle die Hilfe der jeweils anderen. Dabei sei Vertrauen unendlich wichtig. Auch wenn die heutige Sitzung keine Entscheidungen habe

erbringen können, so habe sie doch wichtige Impulse gegeben und sei sicher nicht die letzte Sitzung gewesen. Er bedanke sich bei allen Beteiligten aus den Ausschüssen der drei Parlamente.

Ende der Sitzung: 16:53 Uhr

Matthias Wissmann, MdB
Vorsitzender